

**Themenübersicht
Plenar-Pressegespräch
Freitag, 24. Januar 2020**

**Vorstellung der Initiativen der CDU-Landtagsfraktion
für die Plenarsitzungen
am 29. und 30. Januar 2020**

Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU-Landtagsfraktion
Martin Brandl MdL

1. **Antrag:**
„Den Verkehr von Morgen schon heute denken –
Gesamtkonzept von Worms bis Speyer“

2. **Große Anfrage:**
„Einsatz von Lehrkräften in Rheinland-Pfalz“

3. **Sonstiges:**
 - **Aktuelle Debatte**

 - **Koalitionsentwurf Straßenausbaubeiträge**

1. Antrag:

„Den Verkehr von Morgen schon heute denken – Gesamtkonzept von Worms bis Speyer“

Brücken und Straßen Lebensadern der modernen Industriegesellschaft

Brücken und Straßen sind die Lebensadern der modernen Industriegesellschaft. Was passiert, wenn es mit diesen Lebensadern Probleme gibt, sehen wir schon seit geraumer Zeit hier in Rheinland-Pfalz anschaulich an vielen Beispielen: In **Mainz** mit der **Dauerbaustelle Schiersteiner Brücke** - dem Nadelöhr in Richtung Wiesbaden - und der gegenwärtig für den PKW und LKW-Individualverkehr gesperrten innerstädtischen **Theodor-Heuss-Brücke**. In **Koblenz** mit Bauarbeiten und Teilsperren an **drei wichtigen Brücken**. In **Speyer und Ludwigshafen** mit der Sperrung der **Salierbrücke und der Hochstraße Süd**. Die Folgen sind immer die gleichen: **Kilometerlange Staus, Verkehrschaos, lange Umwege, Zeitverlust und dadurch erhöhte Kosten.**

Metropolregion Rhein-Neckar betroffen

Die **Verkehrsprobleme im Bereich Worms/Speyer/Ludwigshafen** als Teil der **Metropolregion Rhein-Neckar** sind nicht erst durch die Sperrung der Hochstraße Süd entstanden. Allerdings hat diese die schwierige Verkehrssituation natürlich massiv verschärft. Eines der Kernprobleme besteht darin, dass die bestehende Infrastruktur nicht auf das sich **verändernde Nutzungsprofil und auf neue Mobilitätsformen** ausgelegt ist. Stichworte sind hier: **stärkere Inanspruchnahme des ÖPNV, deutlich schwerere Fahrzeuge sowie längere Pendlerstrecken.**

Landesregierung muss Region unterstützen

Notwendig ist hier die **Erarbeitung eines neuen Verkehrskonzepts von Worms bis Speyer**, das das **veränderte Mobilitäts- und Nutzungsverhalten** und damit die Erfordernisse der Mobilität der Zukunft berücksichtigt. Das kann die Region nicht alleine leisten. Hier ist **Unterstützung durch die Landesregierung nötig.** Ein solches Kon-

zept muss viele Elemente aufgreifen, da die Mobilität der Zukunft aus unterschiedlichen Verkehrsangeboten besteht (Bsp. ÖPNV, Bikesharing oder E-Scooter). Dazu gehört auch die Entwicklung und Inbetriebnahme einer **verbund- und länderübergreifenden Plattform** auf der alle Verkehrsangebote angezeigt und in einem Schritt gebucht werden können. Die Umsetzung eines entsprechenden Beschlusses des Landtages („Zukünftige Mobilität gestalten – wichtige Weichenstellungen vornehmen“ Drs. 17/5427) steht noch aus.

Zusätzliche Rheinquerung muss Thema werden

Im Kontext eines solchen Verkehrskonzepts muss zwingend auch die **Frage einer weiteren Rheinquerung** erörtert werden. Die Region zwischen Worms und Speyer braucht **zwingend eine weitere Rheinbrücke**. Sie steht dabei exemplarisch für die in verschiedenen Bereichen entlang der Rheinschiene bestehende Notwendigkeit von zusätzlichen Querungen.

Keine Verengung der Diskussion auf Altrip

Planungen dauern. Sie dauern lange. Deshalb muss der Findungsprozess jetzt begonnen werden, damit bei der **Anmeldung zum nächsten Bundesverkehrswegeplan** bereits realistische Ideen und Planungen vorliegen. Wichtig ist dabei insbesondere, dass **keine Verengung der Standortsuche auf Altrip** erfolgt. Hier haben sich die **Rahmenbedingungen gegenüber Überlegungen aus dem Jahr 2010** aufgrund der Verdichtung des Wohngebietes und der Ausdehnung des Großkraftwerks Mannheim **verändert**.

Was wir wollen:

Die CDU-Landtagsfraktion hält **einen von der Landesregierung moderierten Dialogprozess** für notwendig, mit dem Ziel:

- der **Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für den zukünftigen Verkehr** der Metropolregion Rhein-Neckar (vor allem Rhein-Pfalz-Kreis sowie die kreisfreien Städte Worms, Ludwigshafen und Speyer);

- der **Prüfung des Standortes einer zusätzlichen Rheinbrücke**;

In diesen Dialogprozess:

- sollen die **Interessen aller Verkehrsteilnehmer und der Bevölkerung** unabhängig vom Fortbewegungsmittel berücksichtigt werden;
- sollen die **Potenziale und Kosten des Vorhabens transparent** gemacht werden;
- soll **länderübergreifend eng mit den Partnern vor Ort zusammengearbeitet** werden.

2. **Große Anfrage:**

„Einsatz von Lehrkräften in Rheinland-Pfalz“

Bildungspolitik zu Recht in der Kritik

Es vergeht schon seit vielen Monaten fast kein Tag, an dem nicht neue **Hiobsbotschaften zur Situation an unseren Schulen** zu vermelden sind: **Brandbriefe** von Schulleitern, **Überlastungsanzeigen**, **schlechte Ergebnisse bei IQB-Studien** im Bereich Schreiben, Lesen und Naturwissenschaften, **hoher Unterrichtsausfall**, **Lehrermangel**, **Kritik der Bildungs- und Lehrgewerkschaften** füllen die Spalten und sind zu Recht Dauerthemen im Landtag.

Verschiedene Große Anfragen der CDU-Landtagsfraktion zur Bildungspolitik

Die CDU-Landtagsfraktion räumt der **Bildungspolitik den hohen Stellenwert** ein, der ihr zukommt. Sie bildet einen ganz **zentralen Schwerpunkt unserer Arbeit**. Nicht zuletzt haben wir mit verschiedenen an die Landesregierung gerichteten **Großen Anfragen** wichtige Bereiche der Bildungspolitik aufgearbeitet: **„Modellprojekte des Ministeriums für Bildung Rheinland-Pfalz“** (17/6617), **„Schreibschrift an rheinland-**

pfälzischen Grundschulen“ (17/7957), „Demokratiebildung“ (17/8422), „Regulierungsmethoden des Unterrichtsausfalls“ (17/9474), „Schulisches Förderkonzept für Kinder mit Migrationshintergrund“ (17/7556 und 17/10266) und „Einsatz von Lehrkräften in Rheinland-Pfalz“ (17/10519). In den Antworten zeigen sich immer wieder **große strukturelle und konzeptionelle Defizite** der Bildungspolitik der Landesregierung.

Große Anfrage zur Versorgung mit Lehrkräften – Ergebnisse unbefriedigend

Neben den pädagogischen Konzepten und der Sachausstattung bildet die **ausreichende Versorgung mit Lehrkräften** natürlich den **Dreh- und Angelpunkt einer gelingenden Bildungspolitik**. Vor dem Hintergrund einer Studie des Regional-Elternbeirats Koblenz nach der in Rheinland-Pfalz **2,7 Millionen Unterrichtsstunden** ausfallen und rd. **3000 Vollzeit-Lehrkräfte bzw. 4000 Teilzeitkräfte fehlen**, haben wir diesen Bereich mit einer Großen Anfrage besonders auf den Prüfstand gestellt. **Die Ergebnisse sind unbefriedigend:**

- Die **Zahl der Neueinstellungen** sind von 1597 im Schuljahr 2014/2015 Jahr für Jahr auf 1217 im Schuljahr 2018/2019 gesunken (Frage 1). Allein in den beiden zurückliegenden Schuljahren sind die Einstellungszahlen im Vergleich zu den um **mehr als 300 Stellen pro Jahr gesunken!**
- Die Zahl der Absolventen des ersten Staatsexamens im **Lehramt Master an Grundschulen** ist von **604 (in 2014) auf 459 Absolventen (in 2018) gesunken** (Frage 8).
- Die Zahl der **Absolventen des zweiten Staatsexamens an Grundschulen** (Frage 9) bleibt ist im Zeitraum 2013 bis 2018 ungefähr gleich geblieben - bei rund 400 Absolventen. Das schafft Probleme angesichts starker Geburtenjahrgänge, kleinerer Klassen und zusätzlicher Anforderungen z.B. durch die Sprachförderung.

- Die Zahl der Absolventen des **zweiten Staatsexamens für Realschulen bzw. Realschulen plus** hat sich von 2013 an bis 2018 **mehr als halbiert**. (325 in 2013, 153 in 2018) Die entsprechende Zahl der neu ausgebildeten **Förderschullehrer** ist nur konstant geblieben, obwohl gerade an den Förderschulen ein sehr großer Personalbedarf besteht (Frage 9).
- Viele Fragen beantwortet die Landesregierung nicht oder nur ausweichend. So gibt es z.B. auf die Fragen 5 und 25 keine Antworten. Hierbei geht es um die **Lehrer aus Rheinland-Pfalz, die in andere Bundesländer abwandern**, bzw. die **Planungen der Stellenzahlen an unseren Schulen** in den kommenden Jahren. Aus unserer Sicht müssen diese Zahlen aber vorhanden sein. Nur so kann wirkliche Planbarkeit mit Sinn und Konzept für unsere Schulen gelingen.

Offensive zur Gewinnung von mehr Lehrkräften nötig

Insgesamt gesehen zeigt die Antwort der Landesregierung, dass **erhebliche Planungsmängel im Hinblick auf die Personalausstattung der Schulen** bestehen. Wir brauchen dringend eine **Offensive zur Gewinnung von mehr Lehrkräften**, insbesondere für die Grundschulen, die Förderschulen und die Realschule Plus.

Durch die **Abwanderung von Lehrern in andere Bundesländer**, durch **Schwangerschaften, Teilzeit-Arbeitsplätze, Krankheiten im Kollegium** und viele weitere Faktoren reduzieren sich die tatsächlich vorhandenen Kapazitäten in den Folgejahren einer Einstellung immer massiv. Die Landesregierung beugt diesen Faktoren nicht vor, sie **stopft** nur die **Personallöcher** und zeigt **keine langfristige Strategie** zur Sicherung einer ausreichenden Personaldecke. Ziel muss die „Unterrichtsversorgung 100 plus“ an allen Schularten sein.

3. Sonstiges

Aktuelle Debatte:

„Landesregierung gefährdet Ausbildung des Ärztenachwuchses – katastrophale Unterfinanzierung der Universitätsmedizin Mainz beenden“

- In Mainz haben die Medizin-StudentenInnen mehrfach gegen die **schlechten Studienbedingungen** protestiert.
- Zuletzt sind Hunderte unter dem Motto **#LehreAmLimit** auf die Straße gegangen.
- Wir haben **Vertreter der Studentenschaft in die Fraktion eingeladen** und mit ihnen gesprochen.
- Die Studenten kritisieren einen **Mangel an Lehrpersonal**. Es gebe es zu wenige Ärzte, um die Versorgung der Patienten und die Ausbildung des Nachwuchses zugleich in voller Qualität leisten zu können. Der **praxisbezogene Unterricht im Patientenzimmer bleibe oft auf der Strecke**. **Kurssäle seien überfüllt**, die **mediale Ausstattung mangelhaft**.
- Fraktion hat **Masterplan ‚Medizinstudium Mainz‘ gefordert**. Er soll schnell und unkompliziert Verbesserungen für die Medizin-Studierenden der Landeshauptstadt herbeiführen. Die Landesregierung ist in der Pflicht, die schlechten Lehrbedingungen an der Mainzer Universitätsmedizin zeitnah zu verbessern und die Fakultät finanziell besser auszustatten.
- **Koalitionsentwurf Straßenausbaubeiträge**
- CDU-Landtagsfraktion bleibt bei ihrer Forderungen nach **vollständiger Abschaffung der Straßenausbaubeiträge**.
- **Straßenausbaubeiträge sind unsozial und ungerecht**. Straßen werden von allen genutzt. Deshalb ist ihre Erhaltung und Erneuerung ein Teil der Daseinsvorsorge und somit eine Gemeinschaftsaufgabe.

- Die von der Koalition beabsichtigte **Neuregelung verschärft Probleme statt zu entlasten**.
- Die **Beitragsbelastung besteht unverändert fort**, sie wird nur anders verteilt. Zugleich entstehen neue Probleme.
- Die Ampel schafft damit **Rechtsunsicherheit** im ganzen Land. Denn die Festlegung von Abrechnungsbereichen führt heute schon zu **Rechtsstreitigkeiten und falschen Bescheiden**. Das Problem wird jetzt potenziert. Ausbaden müssen dies alleine die Kommunen und die Anlieger.